

«In erster Linie bin ich Berggebietsvertreter»

POLITIK Knapp 30 Personen fanden sich am letzten Mittwoch zum Sessionsrückblick von Nationalrat Erich von Siebenthal im Berghotel «Weisses Kreuz» in Abländschen ein. Er vertrete in Bern in erster Linie das Berggebiet – manchmal gegen die Meinung der Partei, erklärte der SVP-Nationalrat.

ANITA MOSER

Nationalrat Erich von Siebenthal war erstaunt über das – für das kleine Dorf Abländschen – beachtliche Interesse. Zu Abländschen habe er eine besondere Beziehung: Als er 2002 in den Grossen Rat gewählt worden sei, habe er hier seine erste 1.-Augustrede gehalten. Zu Beginn seines Referats erklärte er den Parlamentsbetrieb und das Zwei-Kammernsystem. «Es ist ein gutes System», betonte von Siebenthal.

In vielen Belangen teilt Erich von Siebenthal die Meinung seiner Partei. Manchmal schert er aber auch schon mal aus. «Ich bin zwar Vertreter der SVP, aber in erster Linie bin ich Berggebietsvertreter.» Das müsse die Partei akzeptieren – «und das tut sie auch». Das Berggebiet habe es nötig, dass man zusammenstehe und die Kräfte bündele.

Bei der Umsetzung der Masseneinwanderungs-Initiative ist von Siebenthal voll auf der Linie seiner Partei. Und die verlangt ganz klar Höchstzahlen. «Ich bin einer, der die Menschen gerne hat, der am liebsten allen Platz gäbe. Aber das geht nicht. Der Platz in unserem Land ist beschränkt», so von Siebenthal. Die SVP wolle eine eigenständige Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung. Im Nationalrat ist der Gesetzesvorschlag mit 65 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden und er geht nun zurück in den Ständerat. Es bleibe zu hoffen, dass dieser eine Korrektur herbeiführe, so von Siebenthal. Und er steht auch zur Selbstbestimmungs-Initiative, die von seiner Partei am 12. August eingereicht wur-



Nationalrat Erich von Siebenthal hielt in Abländschen Rückschau auf die vergangene Session.

FOTO: ANITA MOSER

de: «Schweizer Recht muss vor internationalem Recht stehen.»

Gegen den Willen der SVP hat sich der Nationalrat mit 62 Prozent Ja-Stimmen für die erleichterte Einbürgerung der dritten Generation ausgesprochen. Erich von Siebenthal hat den roten Knopf gedrückt: «Es braucht keinen Automatismus. Sie haben die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen.»

Ja zum Atomausstieg

Nicht auf Parteilinie politisiert der Gstaader Bergbauer bei der Energiestrategie 2050. Die Nuklearkatastrophe in Tschernobyl im April 1986 sei ihm im Gedächtnis geblieben. «Wir haben die Tiere nicht rausgelassen.» Später sei es um die Kernenergie ruhig geworden. Bis zu der Katastrophe in Fukushima 2011. Für ihn sei Kernenergie keine problemlose Energie. «Die Entsorgung der Nuklearabfälle ist nicht gelöst», so von Sie-

benthal. Deshalb habe er bei der Abstimmung für den Ausstieg gestimmt. In der Partei habe er dafür nicht nur Lorbeeren gepflückt ... Die Schweiz könnte in dieser Frage eine Vorreiterrolle spielen, ist von Siebenthal überzeugt. «Man müsste in einem Land wie der Schweiz mit all ihren Möglichkeiten wenigstens versuchen, diesen Weg zu gehen. Wenn es ein Land kann, dann die Schweiz.» Er sei sich der grossen Herausforderungen bewusst: Man müsste die Wasserkraft-, Photovoltaik- und Windanlagen ausbauen, die Ressourcen wie z.B. Holz nutzen und unter Umständen Neues entwickeln. «Wir können nicht den Atomkraftwerken den Schalter drehen und AKW-Strom von anderen Ländern beziehen. Das ist kein Atomausstieg», sagte von Siebenthal mit Nachdruck. Und er gab zu, dass er in dieser Frage ein Problem habe mit seiner Partei. «Ich konnte mich nicht verleugnen. Ich habe

der Energiestrategie mit Überzeugung zugestimmt, auch wenn Parteipräsident Albert Rösti keine Freude gehabt hat.» Man müsse auch an die kommenden Generationen denken, begründet von Siebenthal. «Wir müssen alles daran setzen, dass wir unsere Ressourcen nutzen können.» In der Schlussabstimmung drückten 63 Prozent der anwesenden Nationalräte den grünen Knopf für die Energiestrategie 2050. Die SVP hat vor wenigen Tagen entschieden, das Referendum zu ergreifen. Nein stimmen werde er am 27. November zur Initiative «Für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie» (die Initiative will die Laufzeit für bestehende AKW auf 45 Jahre beschränken/Anm. der Redaktion). Er sei nicht dafür, dass man 2029 den Schalter drehe. «Erst andere Energien aufbauen, dann abstellen», wiederholte Erich von Siebenthal.

FORTSETZUNG SEITE 5

«In erster Linie bin ich Berggebietsvertreter»

FORTSETZUNG VON SEITE 1

In der Diskussion um den National- und Agglomerationsverkehrs-Fonds teilt der Gstaader hingegen die Meinung seiner Partei – 250 Millionen Franken sollen aus der Mineralölkasse in diesen Fonds fliessen. Ein Wermutstropfen sei die Benzinpreiserhöhung von wohl vier Rappen/Liter. «Da sind wir natürlich immer dagegen – auch ich. Wer im ländlichen Raum wohnt, ist auf das Auto angewiesen.»

Ja zur Erhöhung des Rentenalters der Frauen

Aktuelles Thema ist derzeit auch die Reform der Altersvorsorge. Bis 2030 fehlen aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge und der längeren Lebensdauer der Menschen sieben Milliarden Franken pro Jahr, informierte von Siebenthal. Die SVP hat der Erhöhung des Rentenalters der Frauen auf 65 Jahre und der Senkung des Mindestumwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent zugestimmt. «Man hat die Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt unterstützt», so von Siebenthal. Die SVP biete Hand für die Reform der Altersvorsorge – aber nicht um jeden Preis. Sollte die Reform scheitern, würde der Bundesrat wohl die Erhöhung der Mehrwertsteuer und/oder der Lohnprozente zur Finanzierung der Altersrente vorschlagen. Und dagegen hat die SVP Vorbehalte. «Wir müssen eine Lösung finden – und das ist Kommissionsarbeit.»

Keine Kürzung bei der Landwirtschaft

Ab 2017 müsse der Bund eine Milliarde Franken einsparen. «Das ist enorm schwierig.» Wie die Gemeinden habe

auch der Bund viele gebundene Ausgaben. Sparpotenzial sieht die SVP u.a. bei der Entwicklungshilfe. «Wir haben als Schweiz, als Land eine Aufgabe», aber jedermann habe auch die Möglichkeit, von sich aus zu spenden. Man könne nicht immer alles auf den Staat abwälzen, so von Siebenthal. Deshalb stimme er jeweils diesen Kürzungsanträgen zu – wenn sie einigermaßen für ihn stimmten. Eine Plafonierung der Ausgaben verlangt die SVP für die Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI). Für diese gebe man in vier Jahren rund 26 Milliarden Franken aus. Die Schweiz sei in Sachen Bildung, Forschung und Innovation weltweit anerkannt und an der Spitze. «Wir wollen auch an der Spitze bleiben und dennoch sollte man schauen, ob man nicht etwas einsparen könnte, ohne dass die Qualität darunter leidet.»

Am Zahlungsrahmen von 13,8 Milliarden für vier Jahre für die Landwirtschaft will die SVP hingegen nicht rütteln. Während die Ausgaben in anderen Bereichen seit 1990 explodiert seien, seien jene für die Landwirtschaft stagniert. Dieses Argument habe denn auch dazu geführt, dass der Nationalrat in der Herbstsession die vom Bundesrat geforderte Kürzung abgelehnt habe. Es könne nicht sein, dass man an den Auflagen festhalte und die Zahlungen reduziere. «Das kann man nicht, das geht nicht», sagte Nationalrat und Bergbauer Erich von Siebenthal und strich das Lobbying des Bauernverbandes heraus. «Der Bauernverband leistet auf nationaler Ebene hervorragende Arbeit.» Im Trockenem sind

die Zahlen noch nicht. Er sei froh, dass es im ersten Umgang gelungen sei. «Jetzt kommt dann die Budgetberatung – das gibt im Dezember nochmals eine Hausrück-Übung», so von Siebenthal.

Woher soll der Strom kommen?

Diese Frage war u.a. Thema der abschliessenden Diskussionsrunde. Viele seien gegen Atomkraftwerke, aber auch gegen eine Erhöhung einer Staumauer usw., kritisierte ein Anwesender. Er teile seine Kritik, sagte Erich von Siebenthal. Auf Gesetzesebene habe man ein paar Fortschritte erzielt. Druck müsse jedoch auch vom Volk kommen, so von Siebenthal. Einsprechern gegen solche Projekte müsste man klar machen, dass man nicht gegen alles sein könne. «Von irgendwoher muss man ja die Energie haben.» Und zudem generierten kleine Wasserkraftwerke wie beispielsweise jenes am Fermelbach in St. Stephan Wertschöpfung/Arbeitsplätze im Tal.

Gastgeber und Wirt Martin Liechti enervierte sich über jene National- und Ständeräte, die sich der Stimme enthalten – wie jüngst bei der Burka-Verbotsabstimmung geschehen. Das sei gegenüber den Wählenden eine Frechheit und sollte verboten werden.

Abländschen fühlt sich von Saanen im Stich gelassen

Liechti übte aber nicht nur Kritik an den Volksvertretern in Bern, sondern auch an Saanen. Abländschen werde wie ein Mauerblümchen behandelt. Im Restaurantführer vom Gstaad Saanenland Guide seien alle Dörfer von Zwei-

simmen bis Gsteig und Lauenen – inkl. Turbach – und bis Château-d'Oex erwähnt, nicht so Abländschen. Als weiteres Beispiel nannte er die Entsorgung von Grünabfällen. Jahrzehntlang habe man die «wilde» Deponie geduldet. «Jetzt plötzlich ist es verboten – aber ohne Alternative von der Gemeinde Saanen. Soll ich mit jedem meiner 70 Geranienkistchen nach Saanen in die Grüngutdeponie fahren ...?», fragte er. Es gebe noch weitere Beispiele. Saanen gebe eine Million Franken an die JFK-Schule, sechs Millionen Franken für den Flugplatz. Sein Betrieb könne im Winter nicht überleben. «Die Post, die Schule, das Ferienheim sind zu, der Skilift abgerissen. Das Restaurant ist während sechs Monaten geschlossen. Ich verbrauche sechs Monate keinen Tropfen Wasser. Wir haben keine Wasseruhren und es wird stur nach Reglement berechnet.» Werde die Rellerlibahn 2019 geschlossen, gebe es für das Jaunpassgebiet, Jauntal und Abländschen nochmals einen Rieseneinbruch, so Liechti weiter. «Wir haben seit Juli pro Monat über hundert Übernachtungen. Hunderte kommen vom Rellerli.» Der Wirt rechnet damit, dass diese ausbleiben, wenn sie nicht mehr mit der Bahn hinauf- resp. herunterfahren können. «Die Saaner denken nur bis zur Nasenspitze», so Liechti.

Erich von Siebenthal brachte ein gewisses Verständnis für die Kritik auf. Er habe auch das Gefühl, ab und an könnte man grosszügiger sein. Er versprach sich einzusetzen, beispielsweise an einem runden Tisch. «Voraussetzung ist

aber, dass ihr eine gewisse Einigkeit habt, damit man eine Kraft spürt.»

«Grossraubtiere haben keinen Platz»

Es dürfe nicht passieren, dass Alpbetriebe wegen Raubtieren aufgegeben würden, betonte Erich von Siebenthal im weiteren Verlauf der Diskussion. Eine von ihm eingegebene Motion will dies verhindern. Würden die Alpen nicht mehr bestossen, drohten Murgänge, Lawinen, pflichtete ihm ein Anwesender bei. Es gehe auch um die Abgeltung, so von Siebenthal: Wenn man die Alpen nicht mehr bestossen könne, gebe es Verluste usw. Für ihn persönlich sei klar: «Grossraubtiere haben in unserem Land keinen Platz.» Wären sie vom Aussterben bedroht, wäre es etwas anderes. Aber das sei bei weitem nicht so.

Zur Sprache kamen auch der Milch- und der Holzpreis. «Momentan ist es eine Schande, was mit dem Schweizer Wald, was mit unserem Holz als Rohstoff abgeht», konstatierte von Siebenthal. «Mit dem Milchpreis ist es gleich fatal.» Den Bauernfamilien gehe viel Geld verloren. Der tiefe Milchpreis habe auch zunehmend einen Einfluss auf die Sömmerung, auf die Alpkäseproduktion. «Ist der Milchpreis im Winterhalbjahr so tief, gibt es mehr Betriebe, die umstellen und folglich gibt es im Sommer keinen Käse mehr. Eine Entwicklung, die für das Sömmerungsgebiet nicht gut ist.»

Über einen Besuch im Bundeshaus würde er sich freuen, sagte Erich von Siebenthal zum Schluss. Die Wintersession dauert vom 28. November bis 16. Dezember.